

**Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. ISBN 3-406-41310-2, 3-423-30720-X**

Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. Verlag C. H. Beck, München 1996. 430 Seiten, 78,- Mark.

Fünzig Jahre nach der nationalsozialistischen Machtergreifung fand im Januar 1983 im Berliner Reichstagsgebäude eine internationale Konferenz statt, auf der Hermann Lübbe, der bekannte Züricher Philosoph, eine These von anhaltender Brisanz entwickelte. Die gängige Behauptung von der kollektiven "Verdrängung" der NS-Vergangenheit sei falsch, weil die "braunen Biographieanteile" der großen Mehrheit der Bevölkerung notgedrungen durch "kommunikatives Beschweigen" zum Zwecke der politischen Rekonsolidierung einbezogen werden mußten. Lübkes These von der "gewissen Stille" steht seitdem sperrig im Zentrum der Diskussion über den Umgang der Westdeutschen mit der Hypothek des Nationalsozialismus. Da wird einerseits von der "zweiten Schuld" gesprochen, die die deutsche Gesellschaft nach dem Völkermord des Dritten Reiches auf sich geladen habe, indem sie es unterließ, möglichst alle individuellen Schuldanteile aufzuarbeiten; und da wird andererseits von der "Legende von der ‚zweiten Schuld‘" gesprochen angesichts der Tatsache, daß es seit 1949 durchgängig eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Form von politischen Reden und wissenschaftlichen Veröffentlichungen gab. Wie wenig beide Auffassungen indessen die Vielschichtigkeit des Problems erklären und wie exakt dagegen Lübkes These auf diese Vielschichtigkeit zielt, zeigt die scharfsinnige Studie von Norbert Frei.

Der Münchener Zeithistoriker hat den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den Jahren der alliierten Militärregierung und in der ersten Legislaturperiode der noch instabilen Bundesrepublik durch breitangelegte Quellenforschung systematisiert und die historische Urteilsbildung damit auf ein festes Fundament gestellt. Seine Ausgangsthese nimmt auf Lübkes Wort vom "kommunikativen Beschweigen" Bezug, wenn gesagt wird, daß die politische Amnestie und die soziale Reintegration der Masse der "Mitläufer" ebenso notwendig wie unvermeidlich war. Er analysiert diesen Prozeß *cum ira et studio*, indem er nicht allein auf dem historiographischen Gebot beharrt, die Umstände und Bedingungen jener Maßnahmen systematisch zu ergründen und zugleich nach den politisch-moralischen Kosten zu fragen, sondern dies auch sprachlich kräftig akzentuierend und deutlich wertend zum Ausdruck bringt. Dagegen wird das Resümee der Arbeit nuanciert und eher zurückhaltend formuliert - Ausdruck der intensiven intellektuellen Auseinandersetzung mit Geschehnissen, die "gut" zu finden unmöglich, indessen "begreiflich" zu finden am Ende recht naheliegend geworden ist. Frei läßt den Leser an seinem engagierten Erkenntnisprozeß unmittelbar teilhaben, und daraus gewinnt das Buch seine atmosphärische Dichte.

"Vergangenheitspolitik" bezeichnet im Kontrast zum Allerweltsbegriff "Vergangenheitsbewältigung" einen Vorgang mit klaren Umrissen. Es geht um die Eingliederung der vormaligen Mitläufer des Dritten Reiches in die westdeutsche Gesellschaft durch Gesetze, die bis 1954 erlassen waren, sodann um die öffentliche Debatte in den frühen fünfziger Jahren, wer als Kriegsverbrecher zu gelten habe, und schließlich um die unzweideutige normative Grenzziehung gegenüber dem Nationalsozialismus, die zu mißachten nur um den Preis der dauerhaften politisch-sozialen Stigmatisierung möglich war. Die scharfe Fokussierung erlaubt es, diese drei Bereiche bis in die Winkel auszuleuchten und das Beziehungsgeflecht sowie die vielfältigen Mittel der Einflußnahme im öffentlichen Raum durch die Lobbyisten des Vergessens herauszupräparieren. Das führt allerdings hier und da zu stark zugespitzten Urteilen, die aus einem weiter gefaßten Blickwinkel sicherlich anders formuliert werden müßten.

Im Zentrum der Untersuchung stehen die Justiz, das juristische Argument und die Repräsentanten des entsprechenden Denkens. Die "justitielle Annäherung" an das Problem der massenweisen Mittäterschaft läßt mit ernüchternder Deutlichkeit erkennbar werden, wie schnell und weitreichend die moralische Dimension der kollektiven Zustimmung zum Nationalsozialismus durch die rechtsförmige, isolierte Behandlung einschlägiger Tatbestände aus der Wahrnehmung der Nachkriegsgesellschaft eliminiert wurde. Frei analysiert das in den Parlamenten und Ministerien der Länder und des Bundes, ebenso in Verbänden, der Wirtschaft oder auch den Kirchen.

Die gesetzgeberischen Maßnahmen umspannten die Zeit von 1949 bis 1954 mit den Straffreiheitsgesetzen jener beiden Jahre, aber im Zentrum stand das sogenannte "131er"-Gesetz, welches die Wiedereingliederung von Beamten, die 1945 aus politischen Gründen entlassen worden waren, und von ehemaligen Berufssoldaten in den öffentlichen Dienst regelte. Die förmliche Zielrichtung der einzelnen Gesetze mußte keineswegs der Amnestie oder Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten gelten, aber diese Absicht wurde gleichwohl mit Entschiedenheit mitverfolgt. Förmlich ging es vielmehr um die Wiederherstellung von Ordnung und um die Stabilisierung des neuen demokratischen Staats. Die Wiedereingliederung von Beamten und ehemaligen Berufssoldaten nach dem 131er-Gesetz erschien nach außen wie ein Akt der Sozialpolitik, auch sicherte sie die Institution des

Berufsbeamtentums gegen den alliierten Wunsch nach einer Reform des öffentlichen Dienstes ab und brachte dem jungen Staat einen Zugewinn an politischer Stabilität. Obendrein waren ja keineswegs alle Wiedereingestellten politisch belastet, aber die besonders kompromittierte Fachbeamtenschaft in Justiz und Verwaltung profitierte hier gewissermaßen pauschal, und das mußte "auf lange Zeit mit Verlust an moralischer Glaubwürdigkeit bezahlt werden".

Die Belastungen der krisenhaften Anfangsjahre der Bonner Republik kommen ins Blickfeld, wenn Norbert Frei die Interessenten des Vergessens und deren Macht über ihre Gegenkräfte untersucht. Besonders prägnant gelingt das in den Kapiteln über das Kriegsverbrecherproblem. Die Nürnberger Prozesse waren von den Alliierten geführt worden, und auch die Entnazifizierung war im Anfang und konzeptionell eine alliierte Veranstaltung. Gegen die "Siegerjustiz" ließ sich mit dem Argument des verletzten nationalen Ehrgefühls die Frage nach Recht und Unrecht, Moral und Unmoral in den Hintergrund drängen. Mit starkem Engagement für die wegen Kriegsverbrechen verurteilten Männer traten in den ersten Jahren nach dem Krieg einzelne kirchliche Würdenträger auf. Was hier zu Recht scharf akzentuiert wird, ist zugleich unangemessen einseitig gezeichnet, denn "die Kirchen" engagierten sich nicht nur für die Begnadigung von Kriegsverbrechern, sondern auch für den Aufbau und die Konsolidierung des demokratischen Staats.

Kaum war in der Frage des Umgangs mit inhaftierten Kriegsverbrechern der Akzent des nationalen Ehrgefühls gesetzt, bemächtigten sich alte Nationalsozialisten dieser Argumentation, um sie für ihre Zwecke zu nutzen. Am Ende lief das auf die Forderung nach einer Generalamnestie für alle Unrechtstaten im Dritten Reich hinaus, die nicht aus "persönlichen Motiven" begangen waren. Das Medium für die Durchsetzung ihrer Interessen bildeten diesen Nationalsozialisten die Parteien des rechten Spektrums, von denen der Deutschen Partei (DP) und der stark unterwanderten FDP besonderes Gewicht zukam, weil sie die Koalitionspartner im ersten Kabinett Adenauer waren.

Sowohl Angehörige der Wehrmacht als auch, zuletzt in der Mehrzahl, Angehörige von NS-Organisationen oder Waffen-SS waren als Kriegsverbrecher von den Alliierten inhaftiert worden. Als nach dem Beginn des Koreakriegs die deutsche Wiederbewaffnung in die Diskussion kam, bildete dieses Thema den Punkt, an dem der Hebel angesetzt wurde, um über die pauschal eingeforderte Wiederherstellung der Ehre des deutschen Soldatentums auch die große Mehrzahl der Beschuldigten aus den NS-Organisationen in die Freiheit des bürgerlichen Lebens zu entlassen. Minutiös wird nachgezeichnet, wie parallel zum zähen außen- und innenpolitischen Ringen um Wiederbewaffnung und Westintegration der Kampf um Amnestie bis zur Forderung nach Generalamnestie zunahm. Solange die wegen Kriegsverbrechen Inhaftierten in alliierten Gefängnissen einsaßen, ließ sich mit dem nationalen Argument politischer Druck auch auf jene Parteien ausüben, die diesem Anliegen distanziert gegenüberstanden und ihre Energien auf die Begründung des demokratischen Rechtsstaats konzentrierten. Hier erwies sich die von Frei deutlich akzentuierte "große Koalition" von CDU/CSU und SPD als machtlos: Bis zur Ratifikation der Westverträge war die Kriegsverbrecherfrage dahin gelöst, daß auf Druck der Bonner Regierung und des Parlaments nahezu alle Häftlinge der Alliierten, zumal die Wehrmachtssoldaten, auf freien Fuß gesetzt wurden.

Die Bereitschaft zum "kommunikativen Beschweigen" war durch diese zähe Verflechtung der Interessen in allen politischen Parteien weit verbreitet, und das prägte die politische Kultur in der Bundesrepublik tief. Um so wichtiger war es für das westdeutsche Gemeinwesen, dennoch eine klare Grenze gegenüber der NS-Vergangenheit zu ziehen. Der Völkermord an den Juden, der Widerstand mit dem Versuch des Tyrannenmords und das aktive politische Eintreten für Ideen des Nationalsozialismus markierten diese Grenze.

Die bisherige Historiographie zur Frühgeschichte der Bundesrepublik hat sich überwiegend auf die Abwehr rechtsradikaler Umtriebe aus dem Geist des Nationalsozialismus konzentriert, zumal sich das im Sinne des antitotalitären Denkens mit dem Antikommunismus verband. Das Verdienst dieses Buchs, das eine ebenso wichtige wie bittere Lektüre darstellt, besteht in der quellennahen Analyse der Dialektik der Demokratiegründung nach 1945. Die freiheitliche demokratische Grundordnung in kurzer Zeit zu stabilisieren gelang um den Preis, daß das allgemeine Bewußtsein von der Haftungsgemeinschaft aller Deutschen für das Dritte Reich über Jahrzehnte hinweg unterentwickelt blieb.

ANSELM DOERING-MANTEUFFEL

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main